

Dein Name fehlt noch in den Listen zum roten Volksbegehren!

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsabnehmern und in allen Klubs erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den Erdball / Proletarisches Feuilleton / Das Bild der Woche

Verkaufspreis: die neunmal gesaltene Reparaturzeitschrift oder deren Inhalt 30 Pf., für Familienanschlüsse 20 Pf., für die Restamessung (anfallsbeend) an den dreiwöchigen Teil einer Zeitschrift 1,50 RM. Anzeigen-Nachnahme nur an den Verleger Dresden-W. 1, Güterbahnhofstraße 2. Druckpreis: 100 Pf. monatlich 2,50 RM (schliefbar im Voraus), durch den Post 2,50 RM (ohne Zustellgebühr). Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich, außer an Sonn- und Feiertagen. In Fällen höherer Gewalt behält sich Verleger auf Vorforderung der Zeitung, aber auf Zustellung des Postanlasses. Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft mbH, Dresden-W. 1, Güterbahnhofstraße 2. Telefon: Güterbahnhofstr. 2, Fernruf: 17 250. Postfach: Dresden 15 690.

7. Jahrgang Dresden, Dienstag den 8. Dezember 1931 Nummer 200

Einheitsfront von SPD-Franke bis Nazi-Kluge

Faschistische Maulkorb-Paragrafen gegen die KPD-Fraktion im Dresdener Rathaus!

„Im Interesse der Behebung der Finanznot“. Vilsudski-Methoden im Stadtparlament. SPD und Nazis, zwei Stützen der Schied-Diktatur. Werktätige, antwortet auf diesen neuen Schandstreich nationalsozialistisch-sozialdemokratischer Einheitsfront mit einem wichtigen Aufmarsch für das rote Volksbegehren der KPD

Dresden, den 8. Dezember.
Die gestrige Stadtverordnetenversammlung im Dresdener Rathaus hat die politische Einheitsfront der sozialdemokratischen Führer und der nationalsozialistischen Bandenhäuptlinge im Kampf gegen die kommunistische Partei und ihre Vertreter enthüllt. Der sozialdemokratische Vorsteher Dölich schlug zu Beginn der Sitzung die Annahme einer neuen Geschäftsordnungsänderung vor, die ausschließlich gegen die kommunistische Fraktion gerichtet ist. Nach dieser Neuordnung dürfen Berichte und Dringlichkeitsanträge erst dann besprochen werden, wenn 10 Stadtverordnete die Diskussion unterstützen, außerdem wird die Redezeit auf eine Viertelstunde herabgesetzt.
Da die kommunistische Fraktion nur über 7 Mandate verfügt, wird ihr die Stellung jedes Dringlichkeitsantrages vollständig unmöglich gemacht.
Bei Verkündung dieser Maßnahmen erhob sich die kommunistische Fraktion zu kühnem Protest. Genosse Martin Schneider gestellte diesen faschistischen Vorstoß und enthüllte den sozialdemokratischen Vorsteher als Schrittgeber des Reaktionsbündels im Dresdener Rathaus. Im selben Augenblick sprang Herr Franke von der SPD zur Unterstützung der Zustimmung seiner Fraktion zu diesem faschistischen Attentat auf. Mit der ganzen, ihm eigenen Doppelzügeligkeit wagte er es, diese Maßnahmen als „Sparangelegenheit“ hinzustellen. Kaum hatte er geendet, solidarisierte sich der Nationalsozialist Kluge mit dem Reichsbannerbrunzen Franke und begrüßte den Beschluß des SPD-Vorstehers. Die Einheitsfront in Theorie und Praxis zwischen Nazis und SPD-Führer ist enthüllt.

Dieser Vorgang im Dresdener Stadtparlament hat gerade bei Eintritt des Hungerwinters, eine ungeheure Bedeutung. Die Brüning- und Schiedsdiktatur führt verschärfte Maßnahmen gegen das hungernde Volk durch und gleichzeitig organisieren sie offenen und heimlichen Stützen, die Führer der SPD und KPD in Dresden, genau so wie im sächsischen Landtage und in Reich die Anbelung und Mundtotmachung der einzigen Führer der werktätigen Massen, der Vertreter der kommunistischen Partei. Zur gleichen Zeit, da der Vertrauensmann Schied, Herr Kluge, mit den Vertretern der Brüningregierung über Verschärfung des Diktats in Dresden verhandelt, wird durch sozialdemokratisch-nationalsozialistische Einheitsfront den kommunistischen Wortführern die Stellung und Vertretung von Forderungen der werktätigen Massen unmöglich gemacht, der Faschismus wird durch die SPD- und Nazibrunzen im kalten Wege, Schritt für Schritt, mit verteilten Rollen durchgeführt.
Ein Empörungsturm der ganzen arbeitenden Bevölkerung Dresdens muß den faschistischen Anschlag beantworten! Jetzt antworten die Dresdener sozialdemokratischen Arbeiter, die Wohl-

dem faschistischen Anbelungsattentat der sozialdemokratisch-nationalsozialistischen Schied-Front im Dresdener Rathaus! Antwortet den Volksfeinden durch Masseneinzeichnung zum roten Volksbegehren der kommunistischen Partei!

Das ist die neue Notverordnung

Lohnabbau! Eingriff in alle Tarife!

Nur mit Hilfe der Tolerierungspolitiker und Gewerkschaftsführer. Kürzung der Löhne, Gehälter und Unfallrenten. Abbau der Beamtengehälter. Erhöhung der Umsatzsteuer

Wie bekannt wird, soll die neue Notverordnung der Regierung Brüning, die spätestens am Mittwoch veröffentlicht wird, eine Lohn- und Gehaltsenkung der Tariflöhne ohne Rücksicht auf die Geltungsdauer der Verträge auf den Stand vom 10. Januar 1927 vorsehen. Da die außerordentlichen Löhne im Laufe der letzten 1 1/2 Jahre im härtesten abgebaut wurden, bedeutet diese diktatorische Lohnsenkung einen Abbau weit unter den Stand des 10. Januar 1927 — unabhängig von der Belastung der Arbeiterfamilie durch Erwerbslosigkeit.

Die neue Notverordnung wird die Kürzung der Beamtengehälter ab 1. Februar um 9 Prozent, die Kürzung der Unfallrenten und die Erhöhung der Umsatzsteuer von 0,75 auf 2 Prozent neben dem Diktat des Lohnabbaues bringen.

Die einzelnen „Preisenkungen“ werden demgegenüber völlig bedeutungslos für die Lebenshaltung der Werktätigen sein. Mit Hilfe der Sozialdemokratie, die am Freitag wieder den kommunistischen Antrag auf Reichstagsauflösung ablehnte, bereitet Brüning diesen neuen großen Angriff auf die Löhne und Gehälter vor. Die ADGB-Führer haben im Wirtschaftsbeirat dabei geholfen. Es ist

einer der unerhörtesten Betrugsversuche, die je an der gewerkschaftlich organisierten und an der gesamten Arbeiterschaft begangen worden sind,

wenn Leipart im gestrigen Vorwärts eine „letzte Warnung“ an Brüning veröffentlicht. Man muß es überall bekannt machen: Mit Hilfe der Gewerkschaftsführer wagt die Regierung Brüning-Groenet den neuen Streik. Mit Hilfe der Leipart und Co. wagt sie zu allem Unerträglichen noch die neue unerträgliche Belastung für die Arbeiter und alle Werktätigen!

Leiparts Betrug an der Arbeiterschaft

Der Vorsitzende des ADGB hat an den Reichsanwalt Brüning eine „letzte Warnung“ gerichtet, in der er gegen die Lohnsenkung und gegen den geplanten Eingriff in das Tarifrecht „protestiert“ und „jegliche Verantwortung ablehnt“. Die ADGB-Führer, die im Wirtschaftsbeirat die neue Notverordnung vorbereiten halfen, machen mit diesem papierernen Protest ein dreifaches Betrugsmanöver.

Die ADGB-Führer denken nicht daran, den Streit gegen den Lohn- und Gehaltsabbau zu organisieren.

Die sozialdemokratischen ADGB-Führer kämpfen gegen jeden Streit.

Die sozialdemokratischen ADGB-Führer wollen sich mit solchen „Warnungen“ nur ein Alibi vor den empörten Massen verschaffen.

Prolet, wehr dich!

„Hut ab, Herr Reichsanwalt, Hut ab vor diesen Männern und Frauen, die hungern für die Freiheit kämpfen! Was würde ohne Sie aus Deutschland? Was würde ohne Sie aus Ihnen, Herr Reichsanwalt?“
(Vorwärts vom 6. Dezember.)

Nur wenige Stunden noch trennen uns von dem Erlaß der neuen Notverordnungen, der Notverordnungen, die nach Ansicht der Regierung die äußersten Reserven des deutschen Volkes angreifen. Die Löhne und Gehälter werden auf den Stand vom Januar 1927 herabgedrückt, die Umsatzsteuer wird verdoppelt, die sozialen Unterstufungen werden bis zu 27 Prozent abgebaut. Sogedicht laufen die Reusenklänge der neuen Notverordnung auf die Volksmassen herunter.

All das wissen die sozialdemokratischen Führer natürlich ganz genau. Sie wissen, daß sich die Angriffe der Brüning'schen Notverordnungen nur gegen die werktätigen Massen richten. Sie wissen, daß die Brüningregierung trotz allem heuchelischen Tarnen keinen Finger breit von den geplanten Notverordnungsmaßnahmen abweicht. Trotzdem versuchen diese Notverordnungs-

Roter Aufmarsch gegen Schied!

Die Einzelnennungen am Montag

Dresden	3740	insgesamt 17 000
Chemnitz	7821	insgesamt 30 315
Leipzig	2760	insgesamt 12 000

Jetzt darf niemand mehr zögern! Noch heute zeichne dich zu dich ein zum roten Volksbegehren der KPD.

Arbeitsverweigerer, die ausgepowerten Angestellten und Mittelständler sehen, in welcher Einheitsfront sich SPD-Führer und Nazis befinden. Jetzt können sie auch deutlich genug erkennen, daß SPD und NSDAP die Handlanger der Dresdener Millionäre, die Stützen der Schied-Politik im Rathaus, die Helfershelfer der Brüning-Diktatur sind. Gleichzeitig zeigt sich hier, daß die Feinde der werktätigen Massen mit Schied die Kommunisten als die unerbittlichen Gegner des herrschenden Regimes und als Wortführer der Ausgebeuteten und Unterdrückten fürchten!

Schon haben fast 20 000 Dresdener Einwohner durch die Einzelnennungen in die Listen zum roten Volksbegehren ihren Kampfwillen zum Ausdruck gebracht. Die nächsten Tage müssen wir einen Massenansturm zu den Einzelnennungen erwarten! Protestiert gegen die Mundtotmachung der kommunistischen Wortführer des arbeitenden Volkes! Kampf

Die sozialdemokratischen Parteiführer tolerieren nach wie vor Brüning und rufen zur Tolerierung einer Regierung Brüning-Hitler.

Der Zweck der neuen Manöver der sozialdemokratischen Arbeiterschaft wird sichtbar:

Sie „kämpfen“ mit papierernen Protesten gegen den Lohnabbau.

Sie bereiten den Nazis den Weg zum offenen Bündnis mit Brüning.

Die kommunistische Partei und die KPD sagen der Arbeiterschaft: Nur gestützt auf die unüberwindliche Massenkraft des Proletariats, mit der Waffe des Streiks wird der Lohn- und Gehaltsabbau verhindert. Mit der Waffe des Streiks muß der Feldzug Hunger organisiert werden. Mit der Waffe des Streiks muß der Faschismus von der roten Einheitsfront getrennt werden.